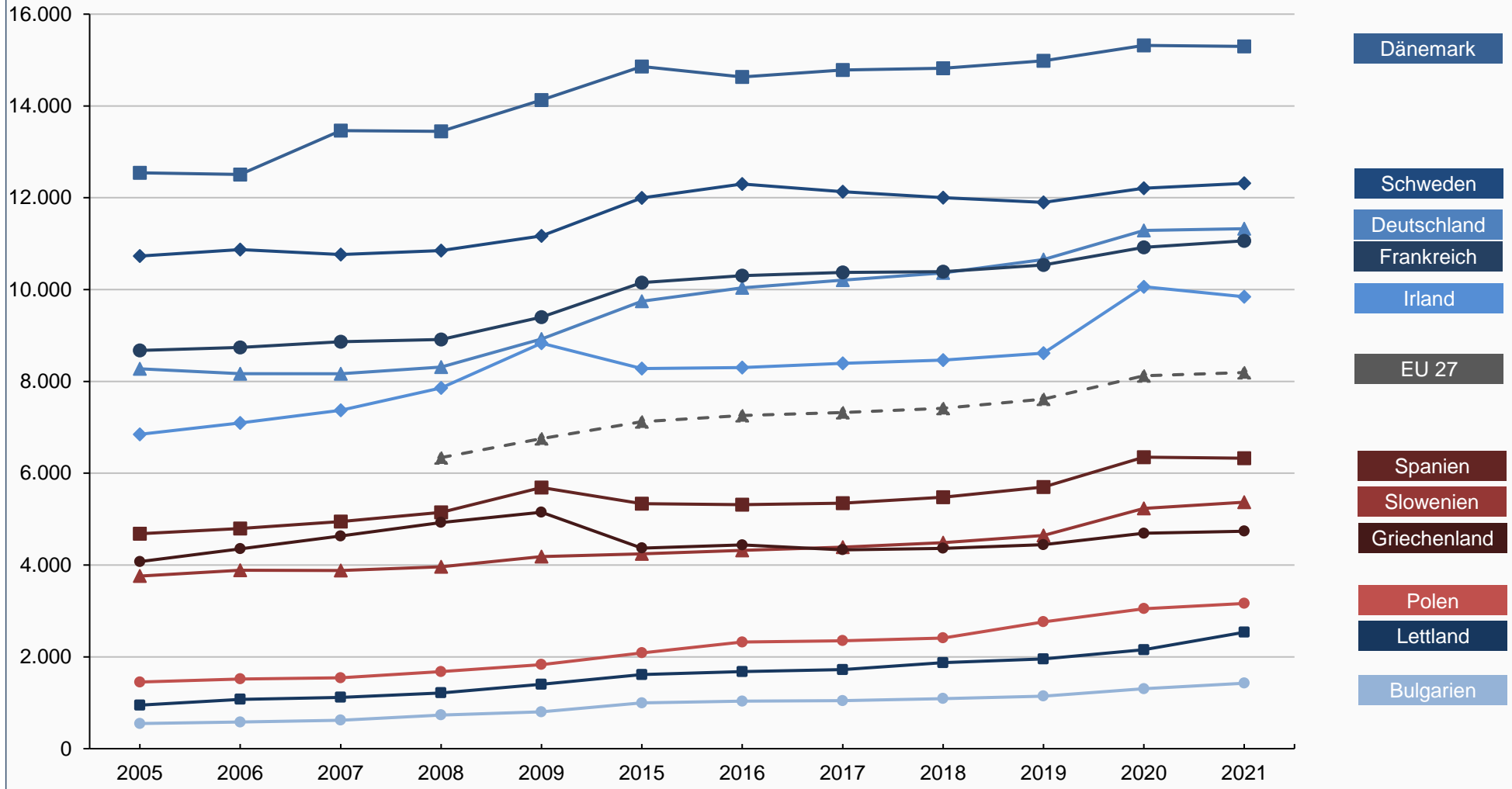


Sozialschutzausgaben in ausgewählten EU-Ländern 2005 - 2021*
in Kaufkraftstandards pro Einwohner*in



*Vorläufige Werte für Griechenland (2017-2021), Spanien (2019-2021), Slowenien (2020-2021), Deutschland, Frankreich u. Schweden (2021) sowie Lettland (2019-2021)

Quelle: Eurostat (2023): Ausgaben des Sozialschutzes, ESSOSS

Sozialschutzausgaben in ausgewählten EU-Ländern 2005 - 2021

Die Sozialleistungssysteme (in der Sprache der EU auch Sozialschutzsysteme genannt) der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) weisen unterschiedliche Strukturen und Schutzleistungen auf. Eine Möglichkeit des Vergleichs ist es, die jeweiligen Ausgaben zu betrachten. Da die Länder unterschiedlich groß sind (Einwohnerzahl) und eine unterschiedliche wirtschaftliche Leistungskraft aufweisen, werden die absoluten Zahlen der Sozialausgaben hier als sog. Kaufkraftstandards (KKS) pro Einwohner*innen dargestellt. Durch die KKS wird der Einfluss der unterschiedlichen Kaufkraft in einzelnen Ländern berücksichtigt. Eine andere Darstellungsform ist der Bezug Sozialleistungsausgaben auf das BIP, die Sozialschutzquote (vgl. [Abbildung X.3](#)).

Zu den hier ausgewählten Ländern mit Sozialschutzausgaben pro Einwohner*in oberhalb des EU-27-Durchschnitts im Jahr 2021 gehören Dänemark, Schweden, Deutschland, Frankreich und Irland. Unterhalb des EU-27-Durchschnitts finden sich Spanien, Slowenien, Griechenland und Polen. Am unteren Ende liegen Lettland und Bulgarien.

Während die Sozialschutzquoten (vgl. [Abbildung X.3](#)) im Verlauf der Jahre deutlich schwanken – bedingt durch den Zusammenhang zum BIP – sind die Sozialschutzausgaben pro Kopf im Verlauf der Jahre in ihrer Länderreihenfolge eher stabil. Vergleicht man die Entwicklung der einzelnen ausgewählten Länder seit dem Jahr 2005, zeigt sich in allen Ländern ein Anstieg der Sozialschutzausgaben. Besonders deutlich – wenn auch immer noch auf niedrigem Niveau, legten die Sozialschutzausgaben in Lettland (+168%), Bulgarien (+161%) und Polen (+ 118%) zu. Eine sehr geringe Zunahme zeigte sich in Griechenland (+ 16%) und Schweden (+ 15%) – wengleich von völlig anderen Ausgangsniveaus.

Während in einigen Ländern nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009/2010 die Sozialschutzausgaben zurückgingen (Polen und Irland) stiegen sie in den meisten leicht bis stark an. Im ersten COVID-19-Pandemiejahr 2020 zeigen sich dagegen durchweg Anstiege der Sozialschutzausgaben. Allerdings ist der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr in Griechenland bspw. nur sehr gering, in Irland dagegen sehr deutlich. Der Wille aber auch die Möglichkeiten auf die Pandemie zu reagieren sind somit sehr unterschiedlich. Aber auch die Ausgangsvoraussetzungen unterscheiden sich deutlich – dort, wo ohnehin ein umfangreicherer Sozialschutz vorhanden war, musste eher moderat reagiert werden. 2021 zeigt sich weiterhin ein leichter Anstieg in allen Ländern – nur in Irland reduzierte nach der starken Vorjahressteigerung seine Ausgaben geringfügig.

Nicht nur hinsichtlich des Umfangs des Sozialschutzes unterscheiden sich die Länder der EU, sondern ebenfalls hinsichtlich der Anteile, die für einzelne Funktionsbereiche ausgegeben werden (vgl. [Abbildung X.4](#)). So machen zwar in allen Ländern die Bereiche „Alter & Hinterbliebene“ sowie „Krankheit/Gesundheitsversorgung“ den größten Umfang aus, allerdings in deutlich variierenden Anteilen.

Methodische Hinweise

Die Daten zu den Sozialschutzausgaben beruhen auf den Ergebnissen des Europäischen Systems der Integrierten Sozialschutzstatistiken (ESSOSS) des statistischen Amtes der Europäischen Kommission (Eurostat). Das ESSOSS wurde entwickelt, um die Finanzströme im Bereich des Sozialschutzes zwischen den Mitgliedstaaten vergleichen zu können. Es werden sechs Funktionsbereiche unterschieden: Krankheit und Gesundheitsversorgung, Invalidität, Alterssicherung und Hinterbliebenenversorgung, Familie und Kinder, Arbeitslosigkeit sowie Wohnen und soziale Ausgrenzung. Die EU-Statistik berechnet die Sozialausgaben nach eigenen Kriterien, weshalb sich zum Teil Abweichungen zu den einzelnen nationalen Berechnungen ergeben können. Zudem ist zu berücksichtigen, dass Steuererleichterungen und private Ausgaben für Sozialleistungen nicht mitgerechnet werden.

Der Vergleich der Sozialleistungsquoten wird auch dadurch erschwert, dass nur die Bruttosozialleistungen in die Berechnung eingehen. Vor allem in den skandinavischen Ländern unterliegen aber viele Transfers der direkten Besteuerung. Im Ergebnis liegen hier die Nettosozialleistungen bzw. Nettosozialleistungsquoten deutlich niedriger als die entsprechenden Bruttogrößen. Zudem ist zu berücksichtigen, dass Steuererleichterungen und private Ausgaben für Sozialleistungen nicht mitgerechnet werden.